

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz

Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT

Die Fraktion der AfD hat mit Schreiben vom 4. April 2019 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Rheinland-Pfälzischer Flüchtlingsrat veröffentlicht Abschiebetermine“.

Begründung:

Wie die „Allgemeine Zeitung“ am 2. April 2019 berichtete, gibt der rheinland-pfälzische Flüchtlingsrat (Arbeitskreis Asyl) offen zu, regelmäßig Abschiebetermine bekannt zu geben. Die Weitergabe solcher behördeninterner Informationen sei bereits in der Vergangenheit praktiziert worden und solle auch in Zukunft fortgeführt werden, da man sich zuvorderst der Humanität verpflichtet fühle.

In der Öffentlichkeit wurden die sogenannten Flüchtlingsräte für diese Verfahrensweise und die damit verbundene relativierende Haltung gegenüber dem Rechtsstaat - unter anderem von BAMF-Chef Sommer - heftig kritisiert.

In jedem Fall hat das Durchstechen von Abschiebeterminen erhebliche Auswirkungen auf den Vollzug von Rückführungen, sowohl für die Betroffenen selbst, wie auch für die rheinland-pfälzischen Behörden und Steuerzahler.

Die Landesregierung wird um Berichterstattung gebeten.